



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 106'890  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 200.011  
Abo-Nr.: 1093893  
Seite: 15  
Fläche: 30'071 mm<sup>2</sup>

## Das Spiel mit dem Feuer

*Energiestrategie spaltet Wirtschaft*

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

«Die Energiestrategie 2050 ist letztlich eine Stromimportstrategie», sagte Beat Moser, Direktor von Scienceindustries, am Montag in Bern. Der Wirtschaftsverband von Chemie, Pharma und Biotech ist Teil des Wirtschaftskomitees gegen das Energiegesetz, welches für eine saubere Energieversorgung nach dem Auslaufen der Schweizer AKW sorgen soll. Das Komitee besteht weiter aus den Verbänden energieintensiver Branchen, Swissmem, Gastrosuisse und Swissmechanic. Moser wies warnend darauf hin, dass Deutschland und Frankreich als Stromlieferanten in zehn Jahren bereits wegfallen dürften, weil sie selbst zu Importländern würden.

Die Versorgungssicherheit scheint die grösste Sorge der Industrie zu sein. So sagte auch Hans Hess, Präsident des Verbands Swissmem, welcher die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie vereint, das Gesetz gebe keine Antwort auf die Frage, wie sich die Schweiz künftig mit Strom versorgen könne. Mit dem schrittweisen Wegfall der Schweizer Kernkraftwerke sei die Versorgungssicherheit insbesondere während der Wintermonate in Gefahr, in denen die Schweiz bereits heute massiv Strom importieren müsse. Für die hierzulande verwurzelten Unternehmen sei die gesicherte Verfügbarkeit aber einer der wichtigsten Standortfaktoren.

Ein Ausbau der Stromerzeugung aus neuen erneuerbaren Energien sei keine Antwort auf diese Herausforderung, meinte Hess. Der damit hergestellte Strom könne nicht gespeichert werden. Auch der planwirtschaftliche Ansatz, also die Subventionierung einzelner Stromproduktionsarten, wurde vom Gegenkomitee kritisiert. Damit begehe die

Schweiz den gleichen Fehler wie Deutschland; es würden für mehr als eine

## Energiegesetz

Eidgenössische Abstimmung  
vom 21. Mai 2017

Milliarde Franken jährlich Technologien gefördert, die keinen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten könnten, sagte Hess. Er glaube zudem nicht, dass die einmal eingeführten Subventionen wieder abgeschafft würden, wie es die von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament eingebaute Sicherung, die sogenannte Sunset-Klausel, verlangt. Letztlich sei unklar, wie viel das Energiegesetz die Bevölkerung kosten werde. Man kaufe «die Katze im Sack». Das Gegenkomitee konnte jedoch keine echte Alternative zu den erneuerbaren Energien nennen. Als kurz- bis mittelfristig realistische Variante kommt für die Industrie nur der Zubau von Gaskombikraftwerken infrage. Dies hätte aber den Nachteil, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen anstiegen, was den Klimazielen in der Schweiz diametral entgegenstünde.

Die Wirtschaft hierzulande ist sich alles andere als einig, was die von Bundesrat und Parlament erarbeitete Energiestrategie anbelangt. In einer Medienmitteilung reagierte der Verband für nachhaltige Wirtschaft Swis cleantech, der das Pro-Komitee anführt, umgehend: Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien stärkten den Werkplatz Schweiz und machten die Wirtschaft fit für die Zukunft. Einfach zuzuwarten, sei keine Lösung. Das Nein-Komitee spiele mit dem Feuer. Auch der Gewerbeverband und die FDP haben sich bereits für das neue Gesetz ausgesprochen. Der nationale Dachverband der Wirtschaft, Economiesuisse, enthielt sich hingegen der Stimme – zu verschieden sind die Meinungen der Branchen. Das Volk entscheidet am 21. Mai; die SVP hatte das Referendum ergriffen.